

**Antrag Ge-9****Jusos Bezirk Hannover****Der Bezirksparteitag möge beschließen:****Obdachlosigkeit bekämpfen, nicht Obdachlose!**

1 Rund 48 000 Menschen in Deutschland leben auf  
 2 der Straße, insgesamt sind rund 650 000 Menschen  
 3 wohnungslos. Die Gründe für Wohnungslosigkeit  
 4 sind vielfältig, aber zu sagen: „Niemand muss in  
 5 Deutschland auf der Straße leben“ ist naiv, gefähr-  
 6 lich und nahezu menschenverachtend. An der Be-  
 7 kämpfung von Wohnungslosigkeit zeigt sich, wie  
 8 gut der Sozialstaat wirklich ist. In den letzten Jah-  
 9 ren ist ein beängstigender Trend festzustellen. Im-  
 10 mer mehr Kommunen und Firmen versuchen durch  
 11 eine Reihe „kreativer“ Maßnahmen, Obdachlose aus  
 12 dem öffentlichen Straßenbild zu vertreiben und ih-  
 13 nen den Aufenthalt an öffentlichen Orten unmög-  
 14 lich zumachen. Riesige Steine werden unter Brü-  
 15 cken abgelegt, U-Bahnhöfe mit klassischer Musik  
 16 beschallt, Sitzbänke mit mehreren Lehnen ausge-  
 17 stattet und spitze Zacken vor Schaufenstern instal-  
 18 liert. Diese Praxis verurteilen wir aufs Schärfste! Sie  
 19 soll Menschen, die als unangenehm wahrgenom-  
 20 men werden, vertreiben. Man will „das Problem“  
 21 nicht vor Augen haben, kümmert sich aber auch  
 22 nicht um ihr Schicksal. Ganz nach dem Motto: Aus  
 23 den Augen, aus dem Sinn.  
 24 Wir fordern daher ein sofortiges Ende dieser Prak-  
 25 tiken, die gegen Obdachlose im öffentlichen Raum  
 26 gerichtet sind. Insbesondere fordern wir alle SPD-  
 27 Fraktionen in den Kommunen auf, gegen diese Maß-  
 28 nahmen vorzugehen und sich für ihr Ende einzuset-  
 29 zen! Stattdessen brauchen wir einen neuen Ansatz  
 30 in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Der Fokus  
 31 auf die „Verantwortung des Einzelnen“, der sich doch  
 32 nur kümmern und bemühen müsse, ist vollkommen  
 33 gescheitert. Obdachlose befinden sich in aller Regel  
 34 in einem Teufelskreis: ohne Wohnung kein Job, oh-  
 35 ne Job keine Wohnung. Wir brauchen radikale neue  
 36 Lösungen. Ein Ansatz könnte das „Housing first“-  
 37 Konzept nach finnischem Vorbild sein: Obdachlo-  
 38 se bekommen ohne Bedingungen eine eigene Woh-  
 39 nung vom Staat, um dann nach und nach wie-  
 40 der in ein „normales“ Leben zurückzukehren. Die Y-  
 41 Foundation, eine NGO aus Finnland, erklärt das Prin-  
 42 zip so: „Wir haben das Prinzip umgedreht: Norma-  
 43 lerweise müssen Obdachlose erst ihr Leben auf die

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK**

Zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit in Deutschland fordern wir:

- Alle Maßnahmen, die sich gegen Obdachlose im öffentlichen Raum richten sind zu beenden. Insbesondere fordern wir alle SPD-Fraktionen in den Kommunen auf, gegen diese Maßnahmen vorzugehen und sich für ihr Ende einzusetzen.
- Das „Housing-First“ (ein Ansatz aus der US-amerikanischen Sozialpolitik zum Umgang mit Obdachlosigkeit) soll deutlich stärker als bisher zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit genutzt werden.
- Für „Housing-First-Programme“ sind entsprechende finanzielle Mittel bereitzustellen.

**Adressat:**

Beschluss und Original-Antragstext als Material für die Arbeit der SPD-Fraktionen

**Erläuterung:**

Housing-First: „Die Grundidee beruht auf der Annahme, dass Wohnen Menschenrecht ist. Eine eigene Wohnung dient als Schutzraum und ist die Basis für eine erfolgreiche Lebensbewältigung. Housing First geht davon aus, dass sich komplexe Problemlagen und besondere Lebenssituationen nur lösen lassen, wenn dieses Grundbedürfnis gesichert ist. Daher steht die Wohnraumversorgung ganz am Anfang und ist nicht an das Unterstützungsangebot gebunden. Der vermittelte Wohnraum dient als Basis für eine Regeneration der Selbsthilfekräfte und eine Aktivierung der vorhandenen Ressourcen.“  
 (Quelle: <https://housingfirstberlin.de/projekt/>, abgerufen 17.9.2021)

44 Reihe kriegen, um wieder eine eigene Wohnung zu  
45 bekommen. Wir machen das andersher um. Wir ge-  
46 ben ihnen eine dauerhafte Wohnung, damit sie ihr  
47 übriges Leben wieder in den Griff kriegen können.  
48 Seit 2008 gibt es das Housing-First-Programm in  
49 den zehn größten Städten in Finnland. Wir sprechen  
50 Obdachlose auf der Straße an, in den Heimen, bei  
51 Treffen mit Sozialarbeitern.“

52 Finnland ist mit diesem Ansatz überaus erfolgreich.  
53 Die Straßenobdachlosigkeit konnte effektiv verrin-  
54 gert werden und am Ende ist es für den Staat so-  
55 gar günstiger, als sich um viele Obdachlose zu küm-  
56 mern. Wir fordern daher, in der Bekämpfung der Ob-  
57 dachlosigkeit in Deutschland neue Wege zu gehen.  
58 Statt den Einzelnen aus dem öffentlichen Raum zu  
59 vertreiben, muss der Staat Geld in die Hand nehmen,  
60 um wirklich etwas für die Menschen auf der Stra-  
61 ße zu tun. Das wäre dann ein wirklich guter Sozial-  
62 staat.

63

64 [https://www.zeit.de/gesellschaft/zeit-  
geschehen/2018-03/finnland-soziale-  
gerechtigkeit-grundwohnen-juha-  
kaakineninterview/komplettansicht](https://www.zeit.de/gesellschaft/zeit-<br/>65 geschehen/2018-03/finnland-soziale-<br/>66 gerechtigkeit-grundwohnen-juha-<br/>67 kaakineninterview/komplettansicht)